

Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Petitionsausschuss

Schwerin, 11.05.2017
Telefon: 0385/525 1510/1512
Telefax: 0385/525 1515
Lennéstr. 1, 19053 Schwerin

Herrn
Dr. Christian Discher

Berlin

Betr.: Gesundheitswesen
Pet.-Nr. 2017/00103 (Bitte bei Antwort angeben!)
Bezug: Ihr Schreiben vom 22.03.2017

Sehr geehrter Herr Dr. Discher,

im Zuge der Untersuchung des Sachverhaltes und der einschlägigen Rechtsgrundlagen wurde das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit um Stellungnahme gebeten. Diese Stellungnahme ist mit Schreiben vom 02.05.2017 im Sekretariat eingegangen. Sie wird eine Grundlage für die Standpunktbildung im Ausschuss sein. Deshalb gebe ich Ihnen im Folgenden den Inhalt des Schreibens zur Kenntnis.

Das Ministerium erklärte, die von Ihnen gewünschte parlamentarische Beschäftigung mit den von Ihnen geschilderten Themen sei nicht notwendig, weil Sie von falschen, mindestens jedoch überspitzten und verzerrten Grundannahmen bzw. Behauptungen ausgingen.

Weiter führte das Ministerium aus, im Gegensatz zu Ihrer Meinung sei die Psychiatrie in Deutschland keineswegs von Machtmissbrauch, menschenunwürdiger Behandlung bzw. Folter und psychiatrischer Zwangsbehandlung geprägt. Vielmehr unterliege die Psychiatrie strengen gesetzlichen Voraussetzungen und zudem der staatlichen Aufsicht. In Mecklenburg-Vorpommern werde die Unterbringung von Menschen mit psychischen Krankheiten im Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Krankheiten (Psychischkrankengesetz - PsychKG M-V) geregelt. Dieses Gesetz regle abschließend, welchen Beschränkungen die untergebrachten Menschen mit psychischen Krankheiten unterworfen werden dürften, welche Rechte sie hätten und wie die Behandlung erfolge. Alle Maßnahmen würden dokumentiert und seien gerichtlich überprüfbar. Auf die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung würden die untergebrachten Menschen mit psychischen Krankheiten bereits zu Beginn der Unterbringung auch ausdrücklich hingewiesen. Insoweit genüge die psychiatrische Unterbringung allen rechtsstaatlichen Grundsätzen.

